

**Beschluss** Andere reden über Zäune, wir reden über Lösungen! Gemeinsam, solidarisch.

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 04.06.2023

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

1 Internationale Konflikte und Krieg: Menschen fliehen überall auf der Welt vor  
2 Gewalt und Verfolgung. Die meisten suchen Schutz innerhalb ihres eigenen Landes  
3 oder in einem Nachbarstaat. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine  
4 der größten Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst.  
5 Zusätzlich beantragen mehr Menschen Asyl in Deutschland.

6 Seit vielen Jahren leisten unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit ihren  
7 haupt- und ehrenamtlichen Strukturen unglaubliche Arbeit bei der Unterbringung  
8 und Versorgung von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns flüchten. Die  
9 Herausforderungen, vor denen sie stehen, erkennen wir an: Nicht ausreichende  
10 Unterbringungsmöglichkeiten, überlastete Behörden, fehlendes Personal in  
11 Bildungseinrichtungen und fehlende verbindliche Zusagen für eine dauerhafte  
12 finanzielle Beteiligung des Bundes.

13 Als Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen wir uns für eine progressive Migrations-  
14 und Fluchtpolitik ein, die diesen Unterstützungsbedarf der Kommunen und  
15 Bundesländer anerkennt. Wir sehen mit Sorgen, wie in den letzten Wochen die  
16 Diskurse um die europäische Asylpolitik verlaufen. Die Reaktion auf die  
17 derzeitigen Herausforderungen ist ein Abschottungsdiskurs, der scheinbar  
18 einfache Lösungen präsentiert. Gleichzeitig verschlechtert sich die Stimmung  
19 gegenüber Geflüchteten zunehmend. Auch in NRW finden Demonstrationen gegen  
20 Einrichtungen zur Unterbringung von Geflüchteten statt. Die Vorschläge zur  
21 Asylpolitik reichen derzeit von einer „Abschiebeoffensive“ oder „Zäunen“ bis hin  
22 zu einer völligen Aushöhlung der Genfer Flüchtlingskonvention und der  
23 Europäischen Menschenrechtskonvention. Menschenrechtsfragen geraten dabei aus  
24 dem Blickfeld. Die Frage der Aufnahme von Geflüchteten soll an die europäischen  
25 Außengrenzen und die Staaten um die europäische Union verlagert werden. Solche  
26 Forderungen entspringen einem populistischen Kalkül. Für uns ist klar, dass  
27 schutzsuchende Menschen dem nicht zum Opfer fallen dürfen und das Grundrecht auf  
28 Asyl gewahrt bleiben muss. Der Schutz von Menschenrechten ist für uns keine  
29 Verhandlungsmasse, sondern humanitäre Verpflichtung! Wir brauchen konkrete  
30 Unterstützungen und Lösungen, die helfen. Wir stehen für eine  
31 menschenrechtsorientierte Politik für geflüchtete Menschen: wir geben  
32 geflüchteten Menschen Schutz, sorgen für geordnete Verfahren, verteidigen das  
33 Recht auf Asyl und geben den Kommunen Rückhalt.

34 Besonders in Hinblick auf die Ergebnisse des Beschlussvorschlags von  
35 Bundeskanzler Olaf Scholz, das gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder  
36 am 10. Mai 2023 zu den anstehenden Verhandlungen um die Reform der Gemeinsamen  
37 Europäischen Asylpolitik (GEAS) vereinbart wurde, stellen wir fest:  
38 menschenrechtspolitische Errungenschaften dürfen nicht zur Disposition gestellt  
39 werden und der individuelle Schutz von Asylsuchenden darf nicht ausgehebelt  
40 werden. Hierbei machen wir nicht mit. Uns geht es um Solidarität, Verantwortung

41 und eine Flüchtlingspolitik, die auch unter schwierigen Bedingungen Humanität  
42 und Ordnung schafft.

43 Wer die Herausforderungen anerkennt, hat zwei Möglichkeiten: Zur eigenen  
44 Profilierung Narrative zu konstruieren, die die derzeitigen Herausforderungen  
45 als unlösbar darstellen und daher eine weitere Einschränkung des Rechts auf Asyl  
46 fordern. Oder daraus sachliche Maßnahmen abzuleiten, die unter Wahrung von  
47 menschenrechtlichen Werten Lösungen anbieten. Als Bündnis 90/Die Grünen stehen  
48 wir für letzteres. Wir verleihen daher als größtes Bundesland unseren bisherigen  
49 Parteibeschlüssen sowie den vereinbarten Koalitionsvereinbarungen auf Bundes-  
50 und Landesebene für einen vielschichtigen Lösungsansatz Nachdruck.

### 51 1. Kosten dauerhaft auf allen Schultern verteilen

52 Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen vor Herausforderungen, wenn sie dauerhaft  
53 darauf vorbereitet sein möchten, dass Menschen bei ihnen unterkommen. Bislang  
54 ist die Finanzierung für die Vorhaltung von Kapazitäten kaum bis gar nicht  
55 möglich – auch die finanziellen Kapazitäten des Landes Nordrhein-Westfalen sind  
56 dabei nicht ausreichend. Wir bekräftigen daher die Notwendigkeit einer  
57 dauerhaften, stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes bei den Kosten der  
58 Unterbringung und der Möglichkeit, Kapazitäten auszuweiten. Ein „atmendes  
59 System“, der eine Kostenbeteiligung dynamisiert und über eine Grundbeteiligung  
60 bei besonders hohem Bedarf finanziell die Kommunen und Länder entlastet, ist die  
61 Voraussetzung, damit vor Ort agiert und vorausschauend geplant werden kann. Wir  
62 betonen die Notwendigkeit, dass vor Ende des Jahres Ergebnisse eines  
63 Kompromisses zwischen Bund und Ländern vorgestellt werden. Eine solche  
64 finanzielle Zusage würde es den Kommunen und Engagierten in Nordrhein-Westfalen  
65 ermöglichen, ihre wichtige Arbeit fortzusetzen.

### 66 2. Integration als Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft

67 Flächendeckend werden besonders fehlende Angebote und Plätze für Sprachkurse  
68 bemängelt. Dabei sind sie die Grundlage, um sich einleben und an der  
69 Gesellschaft partizipieren zu können. Die bürokratischen und administrativen  
70 Anforderungen an Sprachkurs-Anbieter sollten auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft  
71 und gegebenenfalls gesenkt werden. Besonders sind Angebote für Gruppen wie  
72 Erziehungsberechtigte, die auf Betreuungsangebote angewiesen sind, zu schaffen.  
73 Eine solche Ausweitung funktioniert nicht von heute auf morgen. Als Grüne setzen  
74 wir uns für Kursangebote von Beginn an ein: Erstorientierungskurse, die bereits  
75 in den Erstaufnahmeeinrichtungen angeboten werden können, müssen auch zukünftig  
76 finanziell sichergestellt werden und so den Ausgangspunkt des Erlernens der  
77 Sprache darstellen.

78 Weiterhin stellt die medizinische Versorgung einen weiteren essenziellen  
79 Baustein dar. Frühzeitigen Zugang zum Gesundheitswesen und der vereinfachte  
80 Zugang zu psychotherapeutischen und psychosozialen Angeboten sind zu  
81 gewährleisten – damit werden dauerhafte Erkrankungen präventiv vermieden und die  
82 betroffenen Personen und das System entlastet.

### 83 3. Arbeitsmarktzugang erleichtern – und auf allen Seiten gewinnen

84 Wer in verschiedene Gruppen zwischen „guten und schlechten“ Geflüchteten und  
85 Zugewanderten unterscheidet und stigmatisiert, verschwendet willentlich  
86 Potential. Denn viele Geflüchtete möchten arbeiten, dürfen es aber nicht.

87 Dabei ist völlig klar: In allen Bereichen, sei es für die Umsetzung der  
88 Energiewende, in technischen oder im sozialen Bereich, brauchen wir auch in  
89 Nordrhein-Westfalen Fach- und Arbeitskräfte. Dieses Potential möchten wir  
90 nutzen: Betriebe sichern ihre Wettbewerbsfähigkeit, die Gesellschaft bekommt  
91 dringend benötigte Arbeitskräfte, Menschen bekommen die Möglichkeit, einer von  
92 ihnen gewählten Tätigkeit nachzugehen und sich in ihrem neuen Umfeld einzuleben  
93 und sie sichern eigenständig ihre Lebenskosten.

94 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Anerkennung von Berufsabschlüssen  
95 vereinfacht wird, Qualifizierungsangebote ausgeweitet und Arbeitsverbote  
96 aufgehoben werden. Bei Ausführung eines Berufs möchten wir aufenthaltsrechtliche  
97 Wechsel in gesicherte Aufenthaltstitel stärken, weitere Reformen anschließend an  
98 das Chancen-Aufenthaltsgesetz befürworten wir.

99 Wir setzen uns darüber hinaus für einen Spurwechsel ein, denn es geht auch darum  
100 vorhandene Potenziale von bereits bei uns lebenden Menschen zu nutzen und  
101 nutzbar für die Betroffenen zu machen.

#### 102 4. Moderne Einwanderung mit modernen Behörden

103 Auch in Nordrhein-Westfalen sind viele Einwanderungs- und Ausländerbehörden  
104 überlastet. In der Konsequenz sind Mitarbeitende überlastet und Menschen warten  
105 auf Dokumente, die für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit oder zur  
106 Sicherung ihres Aufenthaltsstatus notwendig sind. Dem möchten wir mit mehr  
107 Personal, das diese Belastung auf mehr Schultern verteilt, und dem Abbau  
108 unnötiger Bürokratie entgegenwirken. Einen wichtigen Baustein dafür liefert die  
109 Digitalisierung von Prozessen innerhalb der kommunalen Behörden sowie des  
110 Bundesamts für Migration und Flucht sowie die Verlängerung bei der Erteilung von  
111 Aufenthaltserlaubnissen. Bei dem Prozess der Digitalisierung sind Kommunen und  
112 Länder auf das Mitwirken des Bundes und die durch die Bundesinnenministerin im  
113 Februar angekündigte Unterstützung angewiesen.

114

#### 115 5. Für eine echte europäische Solidarität

116

117 Die Europäische Union hat mit ihrer auf Abschottung angelegten Asyl- und  
118 Migrationspolitik in den letzten Jahren viel Leid an den Außengrenzen  
119 provoziert. Gleichzeitig sind alle Versuche, die mit der Migration  
120 einhergehenden Aufgaben fair unter den Mitgliedstaaten zu verteilen,  
121 gescheitert. So fehlte es sowohl an der Solidarität mit den Menschen auf der  
122 Flucht als auch an innereuropäischer Solidarität. Wir brauchen aber in Europa  
123 endlich eine verpflichtende Solidarität in der Flucht- und Migrationspolitik.

124

125 Wenn wir die Staaten mit Außengrenzen weiter alleinlassen, wird das heißen: Mehr  
126 Pushbacks, mehr Zäune, mehr Leid. Mehr als 1000 Menschen sind seit Jahresbeginn  
127 ertrunken. Unsere europäischen Werte gehen mit jedem Boot, das kentert, immer  
128 weiter unter. Das Sterben im Mittelmeer, die Rechtsverstöße und  
129 menschenunwürdigen Zustände an den Außengrenzen müssen endlich beendet werden.

130

131 Eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik, die die Würde der  
132 Geflüchteten wahrt und die Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen mit ihren  
133 Aufgaben nicht alleine lässt und alle 27 EU-Staaten in die Verantwortung nimmt,  
134 muss unser Ziel bleiben.

135

136 Eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist deshalb dringend  
137 notwendig. Die Europäische Kommission hat hierzu einen restriktiven Vorschlag  
138 vorgelegt. Viele dieser Vorschläge halten wir für äußerst problematisch. So  
139 werden weder die Ausweisung weiterer „Sicherer Drittstaaten“ noch verpflichtende  
140 Grenzverfahren die Probleme lösen.

141  
142 Die Bundesregierung verhandelt nun auf europäischer Ebene über diese Vorschläge.  
143 Diese Verhandlungen gestalten sich äußerst schwierig, weil wir als Grüne in der  
144 Kommission und auch in den anderen Mitgliedsstaaten wenig Verbündete für unsere  
145 menschenrechtlich orientierte Position haben. Viele EU-Mitgliedsländer vertreten  
146 eine restriktive Linie und wollen den Vorschlag der Kommission noch restriktiver  
147 machen. Wir Grüne halten klar dagegen. Wir kämpfen für eine Europäische Union,  
148 die die Genfer Flüchtlingskonvention und die Kinderrechtskonvention einhält.

149  
150 Für uns Grüne ist die Sicherstellung des Zugangs zum individuellen Recht auf  
151 Asyl und die Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention und der  
152 Kinderrechtskonvention sowie der Schutz vulnerabler Gruppen eine absolute  
153 Priorität. Das individuelle Recht auf Asyl muss weiter und uneingeschränkt  
154 gelten. Gleichzeitig braucht es einen verbindlichen Solidaritäts- und  
155 Verteilmechanismus für die Aufnahme von Geflüchteten in der EU und die  
156 Sicherstellung einer guten Versorgung.

157  
158 Als Grüne setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, den Herausforderungen mit  
159 echten, solidarischen und menschenrechtsorientierten Lösungen zu begegnen. In  
160 diesem äußerst schwierigen Verhandlungsumfeld werden wir gemeinsam mit unseren  
161 Bündnispartnern in der Zivilgesellschaft dafür kämpfen, unsere Ziele für eine  
162 Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu erreichen.

**D-01** Andere reden über Zäune, wir reden über Lösungen! Gemeinsam, solidarisch.

Gremium: LAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 27.05.2023

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

1 Internationale Konflikte und Krieg: Menschen fliehen überall auf der Welt vor  
2 Gewalt und Verfolgung. Die meisten suchen Schutz innerhalb ihres eigenen Landes  
3 oder in einem Nachbarstaat. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine  
4 der größten Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst.  
5 Zusätzlich beantragen mehr Menschen Asyl in Deutschland.

6 Seit vielen Jahren leisten unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit ihren  
7 haupt- und ehrenamtlichen Strukturen unglaubliche Arbeit bei der Unterbringung  
8 und Versorgung von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns flüchten. Die  
9 Herausforderungen, vor denen sie stehen, erkennen wir an: Nicht ausreichende  
10 Unterbringungsmöglichkeiten, überlastete Behörden, fehlendes Personal in  
11 Bildungseinrichtungen und fehlende verbindliche Zusagen für eine dauerhafte  
12 finanzielle Beteiligung des Bundes.

13 Als Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen wir uns für eine progressive Migrations-  
14 und Fluchtpolitik ein, die diesen Unterstützungsbedarf der Kommunen und  
15 Bundesländer anerkennt. Wir sehen mit Sorgen, wie in den letzten Wochen die  
16 Diskurse um die europäische Asylpolitik verlaufen. Die Reaktion auf die  
17 derzeitigen Herausforderungen ist ein Abschottungsdiskurs, der scheinbar  
18 einfache Lösungen präsentiert. Gleichzeitig verschlechtert sich die Stimmung  
19 gegenüber Geflüchteten zunehmend. Auch in NRW finden Demonstrationen gegen  
20 Einrichtungen zur Unterbringung von Geflüchteten statt. Die Vorschläge zur  
21 Asylpolitik reichen derzeit von einer „Abschiebeoffensive“ oder „Zäunen“ bis hin  
22 zu einer völligen Aushöhlung der Genfer Flüchtlingskonvention und der  
23 Europäischen Menschenrechtskonvention. Menschenrechtsfragen geraten dabei aus  
24 dem Blickfeld. Die Frage der Aufnahme von Geflüchteten soll an die europäischen  
25 Außengrenzen und die Staaten um die europäische Union verlagert werden. Solche  
26 Forderungen entspringen einem populistischen Kalkül. Für uns ist klar, dass  
27 schutzsuchende Menschen dem nicht zum Opfer fallen dürfen und das Grundrecht auf  
28 Asyl gewahrt bleiben muss. Der Schutz von Menschenrechten ist für uns keine  
29 Verhandlungsmasse, sondern humanitäre Verpflichtung! Wir brauchen konkrete  
30 Unterstützungen und Lösungen, die helfen. Wir stehen für eine  
31 menschenrechtsorientierte Politik für geflüchtete Menschen: wir geben  
32 geflüchteten Menschen Schutz, sorgen für geordnete Verfahren, verteidigen das  
33 Recht auf Asyl und geben den Kommunen Rückhalt.

34 Besonders in Hinblick auf die Ergebnisse des Beschlussvorschlags von  
35 Bundeskanzler Olaf Scholz, das gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder  
36 am 10. Mai 2023 zu den anstehenden Verhandlungen um die Reform der Gemeinsamen  
37 Europäischen Asylpolitik (GEAS) vereinbart wurde, stellen wir fest:  
38 menschenrechtspolitische Errungenschaften dürfen nicht zur Disposition gestellt  
39 werden und der individuelle Schutz von Asylsuchenden darf nicht ausgehebelt  
40 werden. Hierbei machen wir nicht mit. Uns geht es um Solidarität, Verantwortung

41 und eine Flüchtlingspolitik, die auch unter schwierigen Bedingungen Humanität  
42 und Ordnung schafft.

43 Wer die Herausforderungen anerkennt, hat zwei Möglichkeiten: Zur eigenen  
44 Profilierung Narrative zu konstruieren, die die derzeitigen Herausforderungen  
45 als unlösbar darstellen und daher eine weitere Einschränkung des Rechts auf Asyl  
46 fordern. Oder daraus sachliche Maßnahmen abzuleiten, die unter Wahrung von  
47 menschenrechtlichen Werten Lösungen anbieten. Als Bündnis 90/Die Grünen stehen  
48 wir für letzteres. Wir verleihen daher als größtes Bundesland unseren bisherigen  
49 Parteibeschlüssen sowie den vereinbarten Koalitionsvereinbarungen auf Bundes-  
50 und Landesebene für einen vielschichtigen Lösungsansatz Nachdruck.

### 51 1. Kosten dauerhaft auf allen Schultern verteilen

52 Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen vor Herausforderungen, wenn sie dauerhaft  
53 darauf vorbereitet sein möchten, dass Menschen bei ihnen unterkommen. Bislang  
54 ist die Finanzierung für die Vorhaltung von Kapazitäten kaum bis gar nicht  
55 möglich – auch die finanziellen Kapazitäten des Landes Nordrhein-Westfalen sind  
56 dabei nicht ausreichend. Wir bekräftigen daher die Notwendigkeit einer  
57 dauerhaften, stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes bei den Kosten der  
58 Unterbringung und der Möglichkeit, Kapazitäten auszuweiten. Ein „atmendes  
59 System“, der eine Kostenbeteiligung dynamisiert und über eine Grundbeteiligung  
60 bei besonders hohem Bedarf finanziell die Kommunen und Länder entlastet, ist die  
61 Voraussetzung, damit vor Ort agiert und vorausschauend geplant werden kann. Wir  
62 betonen die Notwendigkeit, dass vor Ende des Jahres Ergebnisse eines  
63 Kompromisses zwischen Bund und Ländern vorgestellt werden. Eine solche  
64 finanzielle Zusage würde es den Kommunen und Engagierten in Nordrhein-Westfalen  
65 ermöglichen, ihre wichtige Arbeit fortzusetzen.

### 66 2. Integration als Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft

67 Flächendeckend werden besonders fehlende Angebote und Plätze für Sprachkurse  
68 bemängelt. Dabei sind sie die Grundlage, um sich einleben und an der  
69 Gesellschaft partizipieren zu können. Die bürokratischen und administrativen  
70 Anforderungen an Sprachkurs-Anbieter sollten auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft  
71 und gegebenenfalls gesenkt werden. Besonders sind Angebote für Gruppen wie  
72 Erziehungsberechtigte, die auf Betreuungsangebote angewiesen sind, zu schaffen.  
73 Eine solche Ausweitung funktioniert nicht von heute auf morgen. Als Grüne setzen  
74 wir uns für Kursangebote von Beginn an ein: Erstorientierungskurse, die bereits  
75 in den Erstaufnahmeeinrichtungen angeboten werden können, müssen auch zukünftig  
76 finanziell sichergestellt werden und so den Ausgangspunkt des Erlernens der  
77 Sprache darstellen.

78 Weiterhin stellt die medizinische Versorgung einen weiteren essenziellen  
79 Baustein dar. Frühzeitigen Zugang zum Gesundheitswesen und der vereinfachte  
80 Zugang zu psychotherapeutischen und psychosozialen Angeboten sind zu  
81 gewährleisten – damit werden dauerhafte Erkrankungen präventiv vermieden und die  
82 betroffenen Personen und das System entlastet.

### 83 3. Arbeitsmarktzugang erleichtern – und auf allen Seiten gewinnen

84 Wer in verschiedene Gruppen zwischen „guten und schlechten“ Geflüchteten und  
85 Zugewanderten unterscheidet und stigmatisiert, verschwendet willentlich  
86 Potential. Denn viele Geflüchtete möchten arbeiten, dürfen es aber nicht.

87 Dabei ist völlig klar: In allen Bereichen, sei es für die Umsetzung der  
88 Energiewende, in technischen oder im sozialen Bereich, brauchen wir auch in  
89 Nordrhein-Westfalen Fach- und Arbeitskräfte. Dieses Potential möchten wir  
90 nutzen: Betriebe sichern ihre Wettbewerbsfähigkeit, die Gesellschaft bekommt  
91 dringend benötigte Arbeitskräfte, Menschen bekommen die Möglichkeit, einer von  
92 ihnen gewählten Tätigkeit nachzugehen und sich in ihrem neuen Umfeld einzuleben  
93 und sie sichern eigenständig ihre Lebenskosten.

94 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Anerkennung von Berufsabschlüssen  
95 vereinfacht wird, Qualifizierungsangebote ausgeweitet und Arbeitsverbote  
96 aufgehoben werden. Bei Ausführung eines Berufs möchten wir aufenthaltsrechtliche  
97 Wechsel in gesicherte Aufenthaltstitel stärken, weitere Reformen anschließend an  
98 das Chancen-Aufenthaltsgesetz befürworten wir.

99 Wir setzen uns darüber hinaus für einen Spurwechsel ein, denn es geht auch darum  
100 vorhandene Potenziale von bereits bei uns lebenden Menschen zu nutzen und  
101 nutzbar für die Betroffenen zu machen.

#### 102 4. Moderne Einwanderung mit modernen Behörden

103 Auch in Nordrhein-Westfalen sind viele Einwanderungs- und Ausländerbehörden  
104 überlastet. In der Konsequenz sind Mitarbeitende überlastet und Menschen warten  
105 auf Dokumente, die für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit oder zur  
106 Sicherung ihres Aufenthaltsstatus notwendig sind. Dem möchten wir mit mehr  
107 Personal, das diese Belastung auf mehr Schultern verteilt, und dem Abbau  
108 unnötiger Bürokratie entgegenwirken. Einen wichtigen Baustein dafür liefert die  
109 Digitalisierung von Prozessen innerhalb der kommunalen Behörden sowie des  
110 Bundesamts für Migration und Flucht sowie die Verlängerung bei der Erteilung von  
111 Aufenthaltserlaubnissen. Bei dem Prozess der Digitalisierung sind Kommunen und  
112 Länder auf das Mitwirken des Bundes und die durch die Bundesinnenministerin im  
113 Februar angekündigte Unterstützung angewiesen.

#### 114 5. Herausforderungen nicht an die Außengrenzen abschieben

115 Im Beschluss des Bundeskanzlers und der Ministerpräsident\*innen wird viel über  
116 „irreguläre Migration“ gesprochen; Wir betonen weiterhin, dass Wege legaler  
117 Migration geschaffen werden müssen. Mit diesem Instrument der Steuerung würde  
118 die Situation für Menschen auf der Flucht verbessert und gleichzeitig unser  
119 Asylsystem entlastet.

120 Das Sterben im Mittelmeer, die Rechtsverstöße und menschenunwürdigen Zustände an  
121 den Außengrenzen müssen beendet werden. Wenn es wie angestrebt zu einer Reform  
122 des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems kommt, müssen diese Aspekte in den  
123 Blick genommen werden. Wir brauchen als Europäer\*innen endlich eine  
124 verpflichtende Solidarität in der Flucht- und Migrationspolitik, die Lösungen  
125 für einen verbindlichen Verteilmechanismus bei der Aufnahme von Geflüchteten  
126 auch weiterhin in den Blick nimmt.

127 Die Verhandlungen auf europäischer Ebene gestalten sich schwierig. Die  
128 Vorschläge der EU-Kommission sind extrem restriktiv. Verpflichtende  
129 Grenzverfahren und den damit einhergehenden Aufenthalt in „außerterritorialen  
130 Lagern“ sehen wir kritisch. Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland sich in  
131 Brüssel insbesondere für die Sicherstellung des Zugangs zum individuellen Recht  
132 auf Asyl und Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention und der  
133 Kinderrechtskonvention sowie der Schutz vulnerabler Gruppen einsetzt. Das

134 individuelle Recht auf Asyl darf nicht ausgehebelt und mangelnde Versorgung darf  
135 es nicht geben. Gleichzeitig braucht es einen verbindlichen Verteilmechanismus  
136 für die Aufnahme von Geflüchteten in der EU.

137 Ebenfalls ist die Ausweitung von sogenannten „Sicheren Drittstaaten“ zu  
138 kritisieren. Reist jemand über einen solchen Staat ein, kann er sich in der EU  
139 nicht mehr auf seinen Schutzbedarf berufen. Als sichere Drittstaaten könnten  
140 nach aktuellen Vorschlägen der EU-Mitgliedsstaaten Länder schon dann gelten,  
141 wenn sie gegenüber der EU eine minimale Versorgung zugestehen. Diese müsste  
142 demnach nicht für das gesamte Land gelten – es würde lediglich eine Ausweisung  
143 von Teilgebieten genügen. Mit der Umsetzung könnten Menschen auch bei  
144 ernstzunehmenden Schutzgründen von der inhaltlichen Asylprüfung in Deutschland  
145 von vornherein ausgeschlossen werden und ohne inhaltliche Prüfung des  
146 Asylantrags in einen solchen Drittstaat abgeschoben werden, in dem sie weiterhin  
147 gefährdet sind.

148 Gemeinsam mit den Kommunen suchen wir Lösungen für ihre Herausforderungen, die  
149 Aushöhlung des Asylrechts ist dabei für uns keine Option. Der Schutz vor  
150 Verfolgung und die damit verbundene individuelle Prüfung muss auch in Zukunft  
151 gewährleistet sein und bleiben. Wir stehen zu unserer menschenrechtlichen  
152 Verpflichtung.